Angehörigen Info 95

G 10228 D
19. 6. 1992

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Aus dem Inhalt:

Appell der Verteidiger und der Verteidigerin von Bernd Rößner

Hamburg, den 16. 6. 92

In tiefer Sorge um die Gesundheit und das weitere Schicksal unseres Mandanten, des Gefangenen Bernd Rößner, rufen wir dringend dazu auf, für seine Entlassung

beim Bundespräsidenten Herrn Richard von Weizsäcker,
bei der Bundesregierung, zu Händen des Bundeskanzlers Herrn Helmut Kohl,
bei der Bundesjustizministerin Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
beim Generalbundesanwalt Herrn Alexander von Stahl

sofort zu intervenieren. Diesen Appell sehen wir zur Zeit als unser letztes Mittel, um etwas zu seinen Gunsten zu bewegen.

Bernd Rößner, der im April 1975 verletzt festgenommen wurde und seitdem in Haft ist, ist nach langjähriger Isolation seit 1983 ununterbrochen krank.

Wir, seine Verteidiger und seine Verteidigerin, wissen es durch unseren Kontakt mit Bernd Rößner. Aber es steht auch seit Mitte 1983 schon aufgrund fortlaufender Vermerke in der Gefängnis-Krankenakte fest. Im Oktober '83 stellte eine auswärtige Ärztin einen sehr schlechten Allgemeinzustand, erhebliches Untergewicht, kaum tastbaren Puls fest. Im September '84 notiert die Anstaltsärztin Konzentrationsstörungen und allgemeines Unwohlsein, das auf die fast 10jährige Einzelhaft zurückzuführen sei. Schwere Konzentrationsstörungen stellt die Gefängnisärztin seitdem bis zum Herbst '88 regelmäßig fest. (Spätere Eintragungen in der Krankenakte, aus der wir auch nur die in den behördlich eingeholten Gutachten enthaltenen Zitate kennen, sind uns nicht bekannt.) Neben körperlichen Krankheitssymptomen spielen in der Krankenakte auch weitere psychische Beschwerden eine Rolle. Im Juli '88 kommt die Anstaltsärztin zu dem Ergebnis, daß aus allgemeinärztlicher Sicht Haftunfähigkeit vorliege.

Über die körperlichen Krankheiten unseres Mandanten kennen wir nur zufällige und bruchstückhafte Untersuchungsergebnisse, weil er nie von einem Arzt seines Vertrauens untersucht werden durfte. Noch in diesem Jahr ist ein Antrag von uns auf eine solche Untersuchung von der JVA Straubing, wo er seit Anfang 1979 inhaftiert ist, abgelehnt worden. Als Ergebnis z. B. der Untersuchungen des Psychiaters Prof. Saß von 1988/89, die aber keine internistischen und Labor-Untersuchungen umfaßten, werden in seinem Gutachten von 1989 aufgeführt: deutlich reduzierter Allgemeinzustand, Sensibilitätsstörungen, Lähmungen und Muskelschwund vorwiegend am rechten Arm und an beiden Beinen, deutliche Ödeme an beiden Beinen mit dunkler Pigmentierung der Haut. Bernd Rößner selbst hat gesagt, er fühle sich krank, seine Augen und seine Atmungsorgane seien kaputt, irgendwo sei sein ganzer Organismus kaputt; und: Er sei von Kopf bis Fuß ein siechendes Skelett, das sich dahinraffe.

Die von der Bundesanwaltschaft und von der Gefängnisleitung beauftragten psychiatrischen Sachverständigen, die Bernd Rößner seit Ende 1988 untersucht haben, kommen in ihren Gutachten von April '89 und Januar '92 zu dem Ergebnis, daß unser Mandant schwer krank ist. Nach dem Gutachten der Psychiatrie-Professoren Dr. Foerster, Dr. Luthe und Dr. Leygraf vom 27. 4. 89 lag schon damals bei unserem Mandanten „zweifellos" eine schwere Erkrankung i. S. d. § 455 Abs. 4 StPO vor; die Sachverständigen erklären, daß bei einer Fortführung der bisherigen Vollzugssituation ein weiteres Fortschreiten, zumindest aber eine zunehmende Chronifizierung des Zustandsbildes zu erwarten sei, und empfehlen die Schaffung einer „therapeutischen Situation", die „in einer Institution des Regelvollzugs" nicht zu erreichen sei und deren Schwerpunkt auf einer verstärkten zwischenmenschlichen Kontaktaufnahme liegen solle.

Nach einem Gutachten des Psychiaters Prof. Dr. Wilfried Rasch vom 22. Mai '92, das die Verteidigung der Bundesanwaltschaft vorgelegt hat, müssen „alsbald Maßnahmen eingeleitet werden, die den speziellen Anforderungen des Falls entsprechen", wenn Bernd Rößner jemals gesund werden soll.



Bernd Rößner (Straubing, November 1991)

Für Bernd Rößner steht ein Platz in einer therapeutischen Einrichtung zur Verfügung, die nach unserer — von der Verantwortung für unseren Mandanten getragenen — Überzeugung geeignet ist, ihm die Bedingungen zu geben, wieder zu sich zu kommen und gesund zu werden. Hierüber haben wir die Bundesanwaltschaft Anfang Mai '92 informiert, und dies ist seitdem auch dem Bundesjustizministerium bekannt.

Für uns, die wir Bernd Rößner kennen und die wir aus unserer anwaltlichen Arbeit mit den gesundheitlichen Auswirkungen der Isolation vertraut sind, ist evident, daß vor allem seine psychischen Beschwerden Folgen der Isolation sind. Wir meinen, daß seine Freilassung, also die Beendigung der krankmachenden Gefängnissituation, die wesentliche Bedingung für seine Gesundung ist und ein großer Schritt auf diesem Weg wäre.

1990 wurde eine Strafaussetzung zur Bewährung nach 15 Jahren Haft (§ 57a StGB) für Bernd Rößner vom OLG Düsseldorf abgelehnt. Bei der gerichtlichen Anhörung hatte er auf die Fragen des Gerichts und der Bundesanwaltschaft geantwortet. Auf die Frage, „ob er sich eine Situation vorstellen könne, bei der er erneut einen bewaffneten Kampf gegen das herrschende System aufnehmen könnte", erwiderte er: Bei einer Machtübernahme des Faschismus könne er sich einen bewaffneten Widerstand vorstellen. Hierauf stützte sich das OLG Düsseldorf bei seiner negativen Sozialprognose und führt an, daß Bernd Rößner „sich unter bestimmten, seiner Einschätzung unterliegenden Bedingungen auch vorstellen kann, sich in bewaffnetem Widerstand in der Bundesrepublik Deutschland zu betätigen".

In den Gesprächen mit der Bundesanwaltschaft und dem Bundesjustizministerium, die wir seit Anfang April '92 führen, spielen Fragen der Sozialprognose für unseren Mandanten keinerlei Rolle mehr, da für alle Seiten — zumal in der neuen politischen Situation — klar ist, daß bewaffnete Politik für ihn nicht in Frage kommt. Trotzdem bewegt sich nichts für ihn. Jede weitere Woche und jeder weitere Tag im Gefängnis vergrößern die Gefahr, daß es bei ihm „tatsächlich zur Verbüßung einer lebenslangen Freiheitsstrafe kommt" (Zitat aus dem Gutachten von Prof. Rasch vom 22. 5. 92).

Der formale Rahmen für eine sofortige Haftentlassung von Bernd Rößner ist gegeben. Im Januar 1991 hat seine Mutter einen Antrag auf Begnadigung an den Bundespräsidenten gerichtet; das Verfahren ist im Herbst 1991 förmlich eröffnet worden. Der Fortgang dieses Verfahrens ist aber blockiert, weil die Bundesanwaltschaft — gedeckt vom Bundesjustizministerium — die erforderliche Stellungnahme nicht abgibt. Am 3. 6. 2 haben wir außerdem einen Antrag auf Unterbrechung der Strafvollstreckung wegen Haftunfähigkeit nach § 455 StPO gestellt.

Statt ihre Stellungnahme im Gnadenverfahren abzugeben, stellt die Bundesanwaltschaft seit Anfang April Forderungen an unseren Mandanten, die mit seiner von dieser Behörde selbst anerkannten Krankheit unvereinbar sind. Zunächst wurde eine bessere Integration und Kooperation im Vollzug verlangt. Sodann bestand die Bundesanwaltschaft auf einem 4—6monatigen Aufenthalt unseres Mandanten in einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt zur angeblichen gesundheitlichen Vorbereitung in die von uns vorgeschlagene Einrichtung — von uns wurde erwartet, unseren Mandanten dazu zu überreden. Gleichzeitig arbeitete die Bundesanwaltschaft nach eigenem Bekunden an neuen Vollzugsplänen. Jetzt werden „Gegenleistungen" unseres Mandanten durch Teilnahme an der Gefängnisarbeit für eine Entlassung verlangt und gefordert, daß er vor seiner Entlassung in eine therapeutische Einrichtung durch Mitarbeit im Gefängnis beweisen müsse, daß er für eine Therapie die Eignung besitze.

Wir klagen die Bundesanwaltschaft an, daß sie von Bernd Rößner — der seit nunmehr neun Jahren trotz seiner Krankheit und gegen die auch für ihn immer noch geltenden Sonderhaftbedingungen mit letzter Kraft darum kämpft, seine Würde und seine Identität zu wahren — entweder buchstäblich in den letzten Wochen oder Monaten seiner über 17jährigen Gefangenschaft erzwingen will, sich doch noch zu unterwerfen; oder die Absicht ist, ihn auf unabsehbare Zeit in der Unsichtbarkeit der Psychiatrie zu vergraben. Hierfür gäbe es Gründe; denn Bernd Rößner ist für jeden sichtbar durch die Isolation gezeichnet.

Wir klagen auch das Bundesjustizministerium an, das die Linie der Bundesanwaltschaft deckt.

Im Januar 1992 wurde der auf höchster justizpolitischer Ebene diskutierte Plan zur „Normalisierung" der Situation der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand veröffentlicht und eine Entlassung von Gefangenen in Aussicht gestellt, bei denen dafür die zeitlichen Voraussetzungen vorliegen, d. h. die mehr als 15 Jahre der lebenslänglichen Strafe oder 2/3 der Zeitstrafe im Gefängnis verbracht haben. Die kranken Gefangenen, darunter Bernd Rößner, wurden an erster Stelle genannt. Der damalige Bundesjustizminister Kinkel sprach von „Versöhnung". Inzwischen hat die Erklärung der RAF vom 10. 4. 92, tödliche Aktionen für einen neuen politischen Prozeß einzustellen, und die Erklärung der Gefangenen, daß sie diese Entscheidung unterstützen, einen Einschnitt in der über 20jährigen Geschichte der Haftbedingungen der politischen Gefangenen möglich gemacht.

Dieser ganze Prozeß wird durch die Verzögerungstaktik der Bundesanwaltschaft im Verfahren von Bernd Rößner bewußt blockiert. Keine weitere Gefangene, kein weiterer Gefangener wird entlassen werden, solange Bernd Rößner nicht draußen ist. Die Gefangenen, deren Entlassung jetzt möglich wäre, werden ihre notwendige Zustimmung verweigern; das ist der Bundesanwaltschaft und dem Bundesjustizministerium bekannt. Aber auch von der Bundesanwaltschaft ist die für ihre Entlassung erforderliche positive Stellungnahme nicht zu erwarten, wenn sie sie für den schwer kranken Gefangenen Bernd Rößner verweigert.

Es geht um eine politische Entscheidung, die von den dafür Verantwortlichen jetzt getroffen werden muß.

die Verteidiger und die Verteidigerin von Bernd Rößner:
Peter Tode (Wohlde), Anke Brenneke-Eggers (Hamburg), Inigo Schmitt-Reinholtz (Nürnberg)

Wir unterstützen diesen Appell und möchten Sie bitten, entweder eine eigene Stellungnahme an die Adresse der zuständigen staatlichen Organe zu schicken oder / und durch die Unterzeichnung des Appells Ihre Zustimmung auszudrücken. Bis Ende Juni werden Unterschriften gesammelt und dann den Zuständigen zugeleitet. Zudem besteht die Möglichkeit, den Appell und die Unterschriften sowie Stellungnahmen im Angehörigen-Info zu veröffentlichen.

Arbeitskreis „Drinnen und Draußen", Celle; Margit Czenki, Filmemacherin, Hamburg; Oshra Danker, feministische Psychologin und Therapeutin, Hamburg; Ingeborg Glock, Lehrerin, Hamburg; Wolfgang Grell, Pastor i. R., Latendorf[Prof. Dr. jur. Norman Paech, Hamburg; Dr. med. Lutz Rosenkötter, Nervenarzt und Psychoanalytiker, Frankfurt/M.; Rosita Timm, BSH-Leiterin, Hamburg.

Pressekonferenz der RechtsanwältInnen der haftunfähigen Gefangenen in Bonn

Am 16. 6. gaben die Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen Anke Brenneke-Eggers, Berthold Fresenius, Wolfgang Kronauer und Inigo Schmitt-Reinholtz in Bonn eine Pressekonferenz, die die aktuelle Situation der drei haftunfähigen politischen Gefangenen — Bernd Rößner, Isabel Jacob und Ali Jansen — zum Schwerpunkt hatte. Die AnwältInnen hielten jeweils einen Beitrag zur Situation bei ihren jeweiligen MandantInnen vor den 22 erschienenen Journalisten, darunter drei Kamerateams. Anke Brenneke-Eggers schilderte die Haftgeschichte von Bernd Rößner, das Vorgehen der Bundesanwaltschaft, die immer neue Gutachten über Bernds Gesundheits-

zustand einholt und als Gegenleistung für eine Entlassung in eine therapeutische Einrichtung von ihm „Kooperation" und „Mitarbeit im Gefängnis" verlangt — um seine „Eignung" für eine Therapie zu überprüfen (siehe dazu genauer den Appell der RechtsanwältInnen von Bernd Rößner). Nach therapeutischen Erfordernissen ist das jedoch blanker Unsinn und absurd und unter Knastbedingungen eh gar nicht möglich. Entweder richte sich dieses Verhalten der Bundesanwaltschaft konkret gegen Bernd in dem Sinne, wie es Prof. Rasch in seinem Gutachten formulierte, nämlich daß jeder weitere Tag Gefangenschaft die Gefahr vergrößere, daß es bei ihm „tatsächlich zur Verbüßung einer lebenslangen Freiheitsstrafe kommt", oder es handele sich um eine Hinhaltetaktik der Bundesanwaltschaft. Der Eindruck, der sich aufdrängt, sei, daß die Bundesanwaltschaft versuche, die sog. „Kinkel-Initiative" zum Scheitern zu bringen.

Rechtsanwalt Berthold Fresenius zitierte aus dem Gutachten zu Ali Jansen und fügte hinzu, daß selbst die Ärztin der Justizvollzugsanstalt bestätigte, daß nicht auszuschließen sei, daß es bei Ali zu Asthmaanfällen mit tödlicher Folge kommen könne. Das Frankfurter Oberlandesgericht lehnte am 21.4. eine 2/3-Entlassung von Ali Jansen ab: „Diese Erkrankung mag zwar seine Strafempfindlichkeit erhöhen. Eine daraus ergebene Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar." (siehe Angehörigen-Info Nr. 89 und 92)

Wolfgang Kronauer berichtete über die Krankheit seiner Mandantin Isabel Jacob und den aktuellen Stand ihres Antrages auf Halbstrafen-Entlassung (siehe dazu Angehörigen-Info Nr. 92). Am 25. 6. — also nächste Woche — findet der Anhörungstermin dazu statt.

Auf die Frage der Journalisten, ob aufgrund der ganzen Verzögerung bei den in Aussicht gestellten Freilassungen ein Sinneswandel bei den Gefangenen eingetreten sei oder eintreten würde, betonten die AnwältInnen noch einmal, daß die Gefangenen keine weiteren Anträge auf 2/3- oder 15-Jahre-Entlassung stellen werden, also ihre Zustimmung für solche Entlassungen verweigern werden, solange Bernd nicht rauskommt.

Hätten sie, die RechtsanwältInnen, den Eindruck, daß die Hinhaltetaktik der Bundesanwaltschaft vom Bundesjustizministerium gedeckt werde? Sie führten bereits wiederholt Gespräche mit der Bundesanwaltschaft und haben auch mit einem Vertreter des Justizministeriums geredet. Letzterer wollte sich aber nicht weiter zu den haftunfähigen Gefangenen äußern und verwies stattdessen auf die Bundesanwaltschaft als die Behörde, in deren Zuständigkeitsbereich diese Frage liege. Das Justizministerium — so die VerteidigerInnen — habe jedoch durchaus Möglichkeiten, seinen Einfluß geltend zu machen, beispielsweise indem es der Bundesanwaltschaft die Weisung erteilen könnte, endlich eine Stellungnahme zu dem anstehenden Gnadenverfahren bei Bernd Rößner abzugeben.

Hätten sie den Eindruck, daß die Bundesanwaltschaft die „Kinkel-Initiative" unterlaufe? Ja, sie sehen die Gefahr, daß sie durch die BAW auf der Kippe stehe. Sie müssen davon ausgehen, gerade aufgrund des Vorgehens der Bundesanwaltschaft bei Bernd: ständig neue Forderungen und Vorleistungen, die von ihm verlangt werden; ständig neue Gutachten, die von ihr eingeholt werden, was dazu führte, daß die Verteidigung bisher noch keinen neuen Antrag nach § 57a stellen konnte; das bewußte Hinausschieben einer Entscheidung im Gnadenverfahren dadurch, daß sie immer noch keine Stellungnahme abgegeben hat usw.

Im Anschluß an diese Pressekonferenz fand übrigens noch eine zu der Demonstration am 20.6. in Bonn von den InitiatorInnen statt. (d. Red.)

Für die Freiheit aller politischen Gefangenen! Aufruf zur bundesweiten Demonstration für die Freiheit aller politischen Gefangenen in Bonn

Wir sind Leute, die in verschiedenen Bereichen hier in Frankfurt aktiv sind. Unsere Aktivitäten können wir mit folgenden Stichpunkten grob umreißen:

— anti-rassistische/-faschistische Initiativen (z. B. beim Notruftelefon mithelfen, mobilisieren gegen Aufmärsche faschistischer Gruppierungen, Öffentlichkeit herstellen gegen die rassistische Staatspolitik)
— für menschenwürdige Wohnverhältnisse sich einsetzen (z. B. Öffentlichkeit gegen die herrschende Wohnraumzerstörung, Organisierung von uns und anderen MieterInnen, unterstützen und selbst versuchen, Wohnraum gegen die Staatspolitik durchzusetzen — Besetzungen z. B.)
— Ansätze zur autonomen bzw. unabhängigen Frauenorganisierung (Vorbereitung einer Veranstaltung, Versammlung zur Verständigung versch. Frauengruppen/ — auch mit ehemaligen gefangenen Frauen aus der RAF)

Unsere politische Arbeit und auch unsere politischen Erfahrungen/Geschichte sind unterschiedlich.

Wir schreiben diesen Aufruf gemeinsam, weil wir — was die politischen Gefangenen betrifft — ein gemeinsames Ziel haben; daß *alle* rauskommen in absehbarer Zeit.

Für uns ist für die Freiheit der politischen Gefangenen aktiv zu sein auch: die Legitimität des Widerstandes hier in der BRD gegen alle Formen der organisierten Menschenverachtung im Bewußtsein aller hier und anderswo zu verankern. Das betrifft dann nicht nur die vergangenen 22 Jahre, sondern auch davor und *vor allem* die Kämpfe der Gegenwart und Zukunft.

Ja — es muß *Schluß sein mit der Folter* (Isolationshaft).

Ja — es muß *Schluß sein mit der Gefangenschaft* der politischen Gefangenen.

Und — das zu erreichen, heißt auch, der Verdrehung der politischen Wirklichkeit hier in der BRD seitens des Staates Grenzen zu setzen.

Indem wir und alle Leute vom wirklichen Leben hier reden und von all unseren Kämpfen/Aktivitäten, wo die politischen Gefangenen mit reingehören.

Mit Verdrehung der politischen Wirklichkeit von Staats wegen meinen wir —

die BRD-Regierung behauptet, hier sei ein „Demokratie- und Menschenrechtsstaat". Um diese Behauptung national

---

Bundesweite Demonstration für die Freiheit der politischen Gefangenen in Bonn

am 20. 6. 92 um 12 Uhr
Walter Flex Str. / Ecke Joseph Beuys Allee
(Nähe Städtisches Kunstmuseum)

Christian Klar
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1982


Karl Grosser
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1985


Heidi Schulz
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1982


Sieglinde Hofmann
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1980

Michael Dietiker
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1988


Sven Schmid
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1989


Ingrid Jakobsmeier
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1984

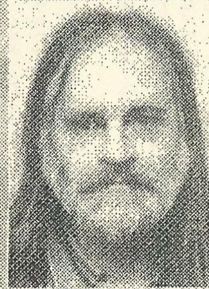
Andrea Sievering
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1987


Eva Haule
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1986


Erik Prauss
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1987

Christine Kuby
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1978


Christian Kluth
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1986


Rolf Heißler
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1979

Hanna Krabbe
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1975


Bärbel Perau
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1986

Irmgard Möller
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1972


Norbert Hofmeier
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1986


Ali Jansen
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1988
haftunfähig

Bernd Rößner
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1975
haftunfähig

Bundesweite Demonstration

20.6. in Bonn 12 Uhr,

Heinrich Böll / Walter Flex Str.

Kontakte und Informationen:

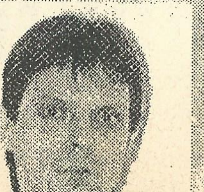
Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M 80
Spendenkonto: O.Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Konto Nr.: 44 86 30 - 102

Freiheit für alle politischen Gefangenen !


Lutz Taufer
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1975

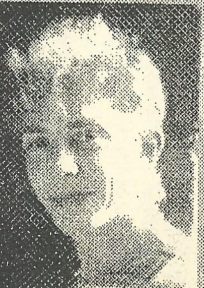

Karl – Heinz Dellwo
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1975


Luitgard Hornstein
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1986




Knut Folkerts
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1977


Stefan Feifel
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1989


Bernhard Rosenkötter
Gefangener aus dem Widerstand
in Haft seit 1988


Gabriele Hanka
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1989

Rolf-Clemens Wagner
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1979



Sigrid Happe
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1989


Helmut Pohl
Gefangener aus der RAF
in Haft seit 1984




Manuela Happe
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1984


Gabriele Rollnik
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1978


Brigitte Mohnhaupt
Gefangene aus der RAF
in Haft seit 1982




Isabel Jacob
Gefangene aus dem Widerstand
in Haft seit 1990
haftunfähig



und international aufrecht halten zu können, durfte nie deutlich werden, daß es hier politischen Widerstand gibt, der sich als Gegenpol zur Staatspolitik entwickelt und begreift.

Um die Tatsache von den *zwei* Seiten hier (die des Staates und die widerstandsfähiger Menschen) zu leugnen/unterdrücken, gibt es seit über 22 Jahren den Versuch des Staates, *jede* Regung von Protest und Widerstand einmal zu *entpolitisieren* und, wo trotzdem politische Kontinuität sich entwickelt — knallharte Repression durch Polizei/Militär und z. B. der (weißen) Folter.

Beispiele von *Entpolitisierung* sind — bei Initiativen gegen die MSR-Raketen-Stationierung 1983 —, wo Leute dann wegen „Nötigung", „Sachbeschädigung" verknackt wurden oder —

bei Initiativen gegen die Folter an den politischen Gefangenen (wie z. B. bei einer Veranstaltung zur Zusammenlegung 1985 — wo drei Leute eineinhalb Jahre Knast wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" gekriegt haben)

oder bei Blockaden gegen den Golfkrieg („Störung des Straßenverkehrs").

Entsprechend ihrer Versuche, die Politik und damit auch gesellschaftliche Relevanz aus dem stattfindenden Konflikt seit über 20 Jahren herauszulügen —

sind die 22 Jahre Folter gegen die politischen Gefangenen nach dem Sprachgebrauch des Staates und seiner Vertreter die „ganz normale Prozedur gegen ganz normale Kriminelle".

Entsprechend wird bei den toten politischen Gefangenen (Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Ingrid Schubert) 1977 und 1976 bei Ulrike Meinhof von „Selbstmorden" gesprochen.

Auch aktuell findet diese Realitätsverdrehung der Regierung weiter statt:

So werden seit Tagen in Mannheim-Schönau AntifaschistInnen von Einsatzkommandos verprügelt/festgenommen und in der Haft mißhandelt. In den Zeitungen vor Ort wird von „anreisenden Gewalttätern" berichtet — die mit aller Härte bekämpft werden müssen. Der Rest der Medien schweigt oder lügt auch. Kein Wort mehr von der politischen Wirklichkeit:

In Mannheim-Schönau befindet sich ein Flüchtlingslager (in einer ehemaligen Kaserne) — deren BewohnerInnen seit ca. 16 Tagen bedroht und angegriffen werden. Die Pogrome gegen die Menschen im Lager gehen von Grüppchen von Skinheads (Neofaschisten) aus und werden von großen Teilen der Bevölkerung von Schönau mitgetragen. Die politisch Verantwortlichen vor Ort schüren und legitimieren diese Angriffe — z. B. mit öffentlichen Meinungsäußerungen wie „die zu große Flut von Ausländer müsse eingedämmt werden — damit wieder Ruhe einkehrt" (sinngemäß) — Oberbürgermeister von Schönau in der örtlichen Presse.

Es gibt Versuche von verschiedenen anti-rassistischen/-faschistischen Gruppen und Leuten, ein zweites Hoyerswerda zu verhindern. Das ist es, worum es vielen Leuten dort geht! Dies wird in der staatlich gesteuerten Meinungsmache nicht nur ausgeblendet, sondern umgedreht. Die AntifaschistInnen werden zur „mordenden und brandschatzenden Terrorbande" — die Wirklichkeit des Faschismus hier zum *friedlichen Deutschland.*

Die politisch Verantwortlichen agieren in Mannheim-Schönau wie überall. Sie produzieren größtenteils die Konflikte selbst und bewußt. Indem sie diejenigen, die *unten* sind (keine Macht, keinen Reichtum, keine Rechte haben) gegeneinander ausspielen). Konkret in Schönau z. B. forderten seit geraumer Zeit Jugendliche ein Jugendzentrum inkl. Kfz-Werkstatt. Sie hatten den Vorschlag, dieses in der ehemaligen Kaserne zu machen. Ihre Forderung ist nicht erfüllt worden, obwohl dies ohne weiteres möglich wäre. Da kommt dann von den Jugendlichen Wut auf, gegen die Falschen. gegen die, die scheinbar ihren Platz in der Kaserne „weggenommen" haben. Dabei ginge ohne Probleme beides. Jugendzentrum und Wohnübergang für Flüchtlinge. Aber das wollen die Politiker gerade nicht. Damit der Haß auf die bestehenden Verhältnisse zwischen denen — denen eh alles genommen wird — explodiert und die Herrschenden/Verantwortlichen für die Scheiß-Lebensbedingungen hier (und anderswo) ihre Ruhe haben. Und können außerdem ihre zynischen Gesetze z. B. Gegen die Flüchtlinge (neue Asylgesetze, Sammellager etc.) mit den explodierenden Konflikten legitimieren. „Wir müssen die Flüchtlinge schützen — also werden sie in Zukunft kaserniert!"

Die, die gegen jede Form des Rassismus hier aufstehen, versuchen u. a. diesen Kreislauf des Jeder-gegen-Jeden — der nur den Herrschenden dient — zu durchbrechen und werden deswegen bis aufs Messer bekämpft.

Die Kontinuität des Wesens dieses Staates — der mit Demokratie und Menschenrechten nichts zu tun hat — zeigte sich dieser Tage auch, als der Antifaschist Gerd Bögelein (68 Jahre alt) für seine antifaschistischen Aktivitäten in den Jahren 1933—39 sein Urteil bekam: lebenslänglich wegen „Heimtücke", sagt das Gericht. (18. 5. 92 in Hamburg)

So werden auch die alten Antifaschisten im nachhinein zu den „Gewalttätern" (wie sie im Hitler-Faschismus ja auch genannt wurden) und *heute* der alte Faschismus öffentlich legitimiert. Sie tun alles, um ihr Gewaltmonopol zu behaupten. Anhand des alten und neuen Gewaltsystems. *Das* ist auch der Grund, warum der Staat nach über 22jährigen Kämpfen und nach 22 Jahren Folter immer noch *Normalität* behaupten will.

Sie wollen die politischen Ursachen und politischen Gründe des langandauernden Konflikts hier wegdrücken. Sonst würde ja ein weit verbreitetes gesellschaftliches Bewußtsein darüber wachsen — daß ihr Gewaltmonopol (des Staates) *politisch* bereits seit langem gebrochen ist. Und daß seit Jahrzehnten Erfahrungen gemacht werden — wie es gut ist, die Kämpfe für menschenwürdige Lebensbedingungen zu entwickeln.

Ein Beispiel dafür, wie sie jetzt am liebsten die politischen Gefangenen benutzen würden, um ihr Gewaltmonopol wenigstens scheinbar *wiederherzustellen*, sind die geforderten Abschwörrituale (2/3-Anhörungen) von den Gefangenen. Da sollen die Gefangenen nach jahrzehntelangem Kampf das Gewaltmonopol des Staates akzeptieren! Ihre und unsere Identität und Geschichte wegschmeißen!

So nicht!!

Alle politischen Gefangenen müssen raus! Bedingungslos!

Wir lassen uns *unsere* politische Geschichte — von der wir geprägt sind/die uns vor allem Hoffnung gegeben hat auf die Möglichkeit, ein anderes Leben erkämpfen zu können — nicht wegnehmen.

Weil für uns der Sinn aller geführten und noch zu führenden Kämpfe hier ist:

Die Würde aller Menschen gegen die Totalität des Kapitals erkämpfen!

Die Solidarität der Menschen miteinander gegen die Vereinzelung und Entfremdung aufbauen!

Die Solidarität der Völker gegen die Völkermordstrategen entwickeln!

Ungeachtet der angewandten Mittel sind alle diese Kämpfe legitim. Wir wollen, daß diese legitimen Kämpfe greifbarer und stärker werden.

Wenn die Gefangenen rauskommen, dann ist das ein Schritt in diese Richtung. Es beträfe unmittelbar die Kämpfe der letzten Jahrzehnte, aber vor allem auch unsere jetzt und die der Zukunft. Weil wir damit unserer Perspektive — die Freiheit aller Menschen durchzusetzen — näherkommen.

Das heißt dann nämlich auch, daß wir mit denen — die in den letzten 22 Jahren gekämpft haben — hier draußen uns verständigen können: über ihre Erfahrungen, ihre guten und schlechten — was sie daraus ziehen, über unsere Erfahrungen, Siege und Niederlagen — Fehler, und *zusammen* rauskriegen können, wie wir uns neu verbinden, welche Wege wir jetzt gehen können, um unsere Ziele zu erreichen!

Für alle, die aktuelle Informationen bezüglich der politischen Gefangenen wollen — Interesse an laufenden Initiativen haben oder/und zur Demo fahren wollen/bzw. überlegen, ob: Ihr könnt am Donnerstag, den 18.6., von 17 Uhr bis 21 Uhr unter 7894846 (Frankfurt) neueste Infos erfragen. Wenn Ihr Informationsmaterial wollt — kommt vorbei — 3. Welt Haus, Westerbachstr. 40, 6000 Frankfurt-Rödelheim (Donnerstag, 18.6., von 17—21 Uhr).

Zur Diskussion um die Demo in Bonn

Wir wollen, daß möglichst viele von Euch an der Demo für die Freilassung der Gefangenen aus RAF und Widerstand am 20. Juni teilnehmen!

Die Demo in Bonn fällt in eine Situation, in der sich die ganze sogenannte „Kinkel-Initiative" in Rauch aufzulösen scheint. Die Anzeichen, daß Bernd Rößner nicht freigelassen wird, verdichten sich immer mehr. Wenn Bernd tatsächlich nicht rauskommt, werden andere Gefangene, die jetzt Anträge auf Haftentlassung stellen könnten, dies nicht tun. Der Staat weiß das — sie wissen, daß Bernds Freilassung für die anderen Gefangenen an erster Stelle steht. Wenn sie Bernd also nicht freilassen, ist das eine Entscheidung gegen weitere Entlassungen.

Aber nicht nur staatlicherseits scheint der Prozeß ins Stokken zu geraten. Auch auf unserer Seite führen politische Widersprüche und Unklarheiten darüber, ob Initiativen wie die Demo überhaupt Sinn machen, dazu, daß viele sich in bezug auf die praktische Arbeit und die damit verbundene Debatte zurückhalten.

Die Demo in Bonn ist unserer Meinung nach eine Möglichkeit, die zugespitzte Situation in bezug auf Bernds Freilassung an die Öffentlichkeit zu bringen und so Druck dafür zu machen, daß er rauskommt und der ganze Prozeß nicht zu Ende ist, bevor er richtig angefangen hat. Sie dient gleichzeitig als überregionale Initiative dazu, unsere Kräfte zusammenzufassen und die Diskussion und Zusammenarbeit zwischen denen, die sich jetzt für die Freilassung einsetzen wollen, zu entwikkeln.

Aus Gesprächen mit verschiedenen GenossInnen, gerade auch nach der Veranstaltung am 3.6. in Hamburg, wissen wir, daß viele keinen Sinn darin sehen, nach Bonn zu fahren und/oder ausdrücklich wegen politischer Widersprüche sich nicht beteiligen. Die Widersprüche richten sich z.B. gegen die Einschätzung,

- die sog. „Kinkel-Initiative" sei Ausdruck der Tatsache, daß sich Teile des Staatsapparates gezwungen sehen, „die harte Haltung gegenüber den Gefangenen in Frage zu stellen" (Zitat Demoaufruf)
- daß im Durchkämpfen der Freilassung „eine politische Perspektive für alle Auseinandersetzungen" (Eva Haule) liegen soll
- daß es substantiell verschiedene Fraktionen im Apparat gäbe und es offen sei, welche sich durchsetzen wird (RAF-Erklärung vom 10.4.).

Kritisiert wird, daß die ganze Freilassungskampagne eine falsche Einschätzung vom Charakter und von den Interessen des Staates an diesem Punkt vermittelt, daß Illusionen über unsere Möglichkeiten in dieser Auseinandersetzung genährt und das ganze dann auch noch zu einer Perspektive „für alle, die . . ." hochstilisiert wird.

Manche gehen schlicht davon aus, daß es die staatliche Seite sei, die die Entwicklung bestimmt, und daß wir einfach keinen Einfluß darauf nehmen können, wer wann unter welchen Bedingungen rauskommt. Wieder andere hegen auch den Verdacht, daß sich hinter den Formeln vom „Abschluß einer Phase" und vom „Auflösen des Kriegsverhältnisses" nur ein verkappter Deal mit dem Staat verbirgt, der den Sympathisanten dann auch noch als tolle neue Strategie verkauft werden soll.

Dafür will mensch sich, gerade in einer Zeit galoppierender Desorientierung in der Linken, nicht hergeben. Die Konsequenz der Betreffenden ist, daß sie sich aus der Demo und der Diskussion rausziehen.

Wir teilen einige der Kritiken, nicht alle.

Zum Beispiel können wir mit dem Begriff „Abschluß einer Phase" einiges anfangen. Seit Anfang der 80er Jahre füllen die Auseinandersetzungen um autonome Feuerwehrpolitik, um den Fetisch Militanz, um Szene-Ghettos die Regale der Infoläden. Genauso lange sind einzelne Gruppen dabei, mehr oder weniger kontinuierlich und erfolgreich, diese Kritiken umzusetzen. Von daher finden wir es für die Diskussion wichtig, wenn sich die Gefangenen und die RAF ebenfalls den Grenzen ihrer Politik stellen. Einen Einschnitt in bezug auf bestimmte Formen und Inhalte linksradikaler Politik kann also seit Jahren kein vernünftiger Mensch mehr ablehnen. Es gibt allerdings in so einer Situation die Gefahr, daß mit diesem Schritt die Verbindungen zu allen historischen Wurzeln und Erfahrungen gleich mit gekappt werden.

Im Kampf für die Freilassung lassen sich solche Fragen höchstens zu einem kleinen Teil klären, unser Herangehen an die Freilassungs-Kampagne muß sehr stark von taktischen Überlegungen bestimmt sein. Wir reagieren auf eine Initiative des Staates. Allein deshalb ist die Kampagne nicht besonders gut geeignet zum Entwickeln eigener strategischer Perspektiven. Auch halten wir die Vorstellung, die Frage der Freilassung könne hier eine herausragende gesellschaftliche Bedeutung bekommen wie z.B. die Umweltzerstörung oder die Wohnungsnot, für eine Illusion.

Die Konsequenz einiger GenossInnen, sich wegen dieser Unklarheiten und Widersprüche aus der Kampagne zurückzuziehen, finden wir mindestens genauso falsch.

Wir sollten die aktuelle Situation und unsere Eingriffsmöglichkeiten nochmal genauer betrachten. Daß Kinkel kein Menschenfreund und die KGT-Initiative ein Teil der Aufstandsbekämpfung ist, wurde ja bereits diskutiert. Die Frage, warum wir uns damit auseinandersetzen, ist also im Kern berechtigt. Neu ist heute, daß der Staat eher als früher bereit zu sein scheint, tatsächlich einzelne Gefangene rauszulassen und die Haftbedingungen zu ändern. Aufgrund unserer momentanen Schwäche erhoffen sich die Herrschenden eine Desorientierung und die Spaltung zwischen uns und den Gefangenen. Der Staat will das ganze Kapitel RAF/Gefangene zu einem für ihn günstigen Zeitpunkt möglichst vom Tisch kriegen. Das ist nicht ihr erster Versuch und wird mit Sicherheit nicht ihr letzter sein. Aber immerhin ist die Situation momentan so, daß zwei Haftunfähige entlassen wurden, daß einige Gefangene sich in den Medien äußern konnten und daß ein Staatsvertreter wie z.B. Klingner (Justizminister in Schleswig-Holstein) von politischen Gefangenen, Haftunfähigen und Sonderbedingungen spricht.

Was sie wollen, ist klar, und hier liegt die Gefahr und die Grenze für uns. Auf der anderen Seite kann die Initiative und das, was wir daraus machen, eine Dynamik entwickeln, die für uns andere Bedingungen schafft und die es vorstellbar macht, daß wir als ein erstes Ziel die Freilassung aller Haftunfähigen erreichen können. Wir glauben nicht, daß eine Freilassung aller Gefangenen, sei es als „politische Lösung" oder im Rahmen bestehender Gesetze, zur Zeit in greifbarer Nähe ist. Aber alles, was wir jetzt schaffen, verbessert die Bedingungen, um von uns aus in die Entwicklung eingreifen zu können.

Die Freilassungsforderung ist richtig, und wir unterstützen die Forderung — unabhängig davon, ob wir einige Äußerungen von Gefangenen richtig finden. Was für uns zählt, ist ihre Geschichte, die wir zum Teil mit ihnen gemeinsam haben, die Tatsache, daß sie nicht abschwören. Wir wollen die Diskussion über Vergangenheit und Perspektiven linksradikaler Politik auch mit ihnen führen.

Berechtigte Widersprüche sollten nicht dazu führen, daß sich GenossInnen in einer Situation, wo es u.a. um Bernds Freilassung geht, aus der Kampagne zurückziehen. Wir for-

dern alle nochmal auf, sich an der Diskussion zu beteiligen — und:

Kommt zur Demo

Eine Hamburger Gruppe

Initiative im Reichstag Berlin: Die Regierungserklärung Kohls zum Umweltgipfel in Rio de Janeiro wird unterbrochen

Um 9 Uhr war die Vereidigung der neuen Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Durch die vielen Sicherheitsmaßnahmen dort (Eintrittskarten, Durchgangskontrollen) verzögerte sich unser Reinkommen in den Plenarsaal; außerdem ließen wir Transparent und Flugblätter doch draußen, weil wir sonst evtl. nicht reingekommen wären.

Wir — vier Frauen — saßen schließlich um 9.55 Uhr auf den für Diplomaten (!) reservierten Plätzen. Die Diplomatenempore war — abgesehen von uns — fast leer. Rundum auf den anderen Emporen massenhaft normale BesucherInnen und sehr viel Presse/laufende Kameras. Unter uns der volle Plenarsaal. Kohl war gerade die Regierungserklärung zum Gipfel in Rio am Abhalten. Nach einer Mutmach-Atempause standen wir auf und brüllten: Freiheit für alle politischen Gefangenen! Bernd und alle Haftunfähigen sofort raus! 20 Jahre Folter sind 20 Jahre zuviel!

Wir unterbrachen damit Kohls Rede, und während wir von Sicherheitspersonal rausgedrängt wurden, reagierte er: „Meine Damen und Herren, es ist ja wohl international bekannt, daß in Deutschland die Menschenrechte geachtet werden." (!)

Leute draußen sorgten dafür, daß die Bundes-, Berliner und Ostpresse das Flugblatt zu dieser Initiative bekam (die in Berlin ansäßig ist). Die Rede von Kohl (und unsere!) wurde live im Radio übertragen. Im TV waren wir auch kurz zu sehen. Genauer wissen wir nichts. Die Presse hat es (soweit wir wissen) komplett verschwiegen.

Spenden für die Angehörigen

Wir wollen uns an dieser Stelle herzlich für die auf unserem Konto eingegangenen Spenden bedanken; besonders gefreut haben wir uns darüber gefreut, daß drei Menschen aus Köln sehr hohe Beträge gespendet haben.

Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Termine

Workshop zu den politischen Gefangenen, insbesondere den haftunfähigen Die „Initiative von MedizinerInnen und anderen Menschen" veranstaltet auf dem Gesundheitspolitischen Kongreß, der vom 19.—21.6. in Hamburg stattfindet, einen Workshop zu den Gefangenen mit Dr. Lutz Rosenkötter, RechtsanwältInnen und ehemaligen Gefangenen. Auftaktveranstaltung: **19.6.**, 20 Uhr, Philosophen-Turm, von-Melle-Park. *Kontakt:* Fachschaft Medizin, Arbeitsgruppe GPK, UKE Martinistr. 52, 2000 Hamburg 20, Tel. (040) 468-4162 oder Ute W. & Georg Z., Tel. (040) 859646. Weitere Infos unter der Telefonnummer des Fachschaftsrates Medizin von 12—14 Uhr. Um Anmeldung zum Kongreß wird gebeten. Teilnehmergebühr 20 DM, bei Ankunft zu zahlen, Normalverdiener sollten 30 DM zahlen. Es gibt für die Zeit der AGs Kinderräume. Samstags und Sonntags gibt es ein warmes Essen, Geschirr und Besteck nach Möglichkeit selbst mitbringen.

Bonn, 20.6., 12 Uhr, Walter Flex Str./Ecke Joseph Beuys Allee (Nähe Städisches Kunstmuseum), bundesweite Demonstration „Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen!"

Northeim. 27.6., 11 Uhr, Marktplatz, Demonstration „Widerstand hat Tradition — Den antifaschistischen Widerstand organisieren", anschließend „Rock gegen Rechts" auf der Waldbühne unter dem Titel „Gegen die künstliche Isolation — Die antifaschistische Kultur" und Ausstellung über antifaschistischen Widerstand von der Weimarer Republik bis zum Ende des Dritten Reiches. Kontaktadresse: Buchladen Rote Straße, c/o Kulturinitiative, Rote Str. 10, 3400 Göttingen.

Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92 in München! Vom 6. bis 8. Juli treffen sich in München die politischen Repräsentanten der sieben führenden Staaten der kapitalistischen Welt, USA, Frankreich, England, Japan, BRD, Italien und Kanada. Sie nennen ihr Treffen „Weltwirtschaftsgipfel", allein dieser Name drückt bereits das Bewußtsein ihrer imperialistischen Politik aus. Er zeigt aber auch die realen Machtverhältnisse, denn die Konzerne und Banken aus diesen Ländern beherrschen tatsächlich die Weltwirtschaft und damit die Weltordnung. Seit 1975 finden jährlich G7-Treffen statt. Gestritten wird um Absatzmärkte, Wechselkurse, Atomkraft und Rüstung. Der Münchner WWG tagt vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des realsozialistischen Blocks und der neuen deutschen Weltmachtposition. Das Hauptthema für dieses Treffen wird die wirtschaftliche und politische Aufteilung Osteuropas sein. Gerade 1992 schauen weltweit Menschen auf die Metropolen, ob sich auch hier Widerstand gegen die imperialistische Weltordnung regt. Und auch von hier ausgehend gibt es genügend Gründe, ihnen ihre Jubelfeiern zu vermiesen!! Deshalb rufen wir *alle* auf, sich an den Aktionen zu beteiligen:

4.7., Demonstration. Auftaktkundgebung 13 Uhr Marienplatz. Eine große Demonstration soll schon vor der offiziellen Eröffnung des Weltwirtschaftsgipfels auf den Straßen Münchens unsere Kritik und Wut manifestieren.

3.—5.7., Gegenkongreß. Auf dem internationalen Gegenkongreß wollen wir mit Menschen aus Basis- und Befreiungsprozessen ihre und unsere Kampferfahrungen und gemeinsame Perspektiven diskutieren.

6.—8.6., Aktionstage. Mit den Aktionstagen wollen wir in vielfältigen Formen die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Christoph von Hören. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.